Dresdner Neueste Nachrichten

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Die 26 mm breite Zeile kostet 0.35 R.-M., für auswärts 0.40 R.-M.; die Reklamezeile im Anschluß an redaktionellen Text 79 mm breit, kostet 2 R.-M., für auswärts 2.50 R.-M., abzüglich 5% Krisenrabatt. — Die Briefgebühr für Buchstabenanzeigen beträgt 0.30 R.-M. — Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A., Ferdinandstraße 4

Bezugspreise: Bei freier Zustellung durch Boten ins Haus monatlich 2,00 R.-M. Postbezug für den Monat 2,00 R.-M. einschließlich 0.48 R.-M. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Kreuzbandsendungen: Für die Woche 1,00 R.-M. Einzelnummer 10 R.-Pf., außerhalb Groß-Dresdens 15 R.-Pf.

Postadresse: Dresden-A. 1, Postfach • Fernruf: Ortsverkehr Sammelnummer 24601, Fernverkehr 14194, 20024, 27981–27983 • Telegr.: Neueste Dresden • Berliner Redaktion: Viktoriastraße 4a; Fernruf: Kurfürst 9361–9366

Postscheck: Dresden 2060 — Nichtverlangte Einsendungen ohne Rückporto werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 179 | Donnerstag, 3. August 1933 | 41. Jahrgang

Dresden schafft Arbeit

Marxistische Lügner in der Tschechoslowakei entlarvt — Der Empfang der Jungfascisten in Berlin

Ueber elf Millionen

Ratsbeschluß zur Arbeitsbeschaffung

* Dresden, 2. August

Der Rat der Stadt Dresden hat gestern seine erste Sitzung unter dem neuen Oberbürgermeister Zörner abgehalten und dabei weittragende Beschlüsse über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Dresden gefaßt. Darüber wird folgender Bericht ausgegeben:

Der Rat zu Dresden hielt am Dienstagnachmittag eine Gesamtsitzung ab, zum erstenmal unter Leitung des neuen Oberbürgermeisters. Vom blumengeschmückten Vorstandstisch aus leitete Oberbürgermeister Zörner die Sitzung mit einer Ansprache an die Ratsmitglieder ein. Sie gipfelte in dem Wunsche gedeihlicher Zusammenarbeit im Sinne des nationalen Aufbaues und war getragen von dem ernsten Streben, zielbewußt und möglichst schnell zu völliger Gesundung der Verhältnisse der Stadt zu gelangen. Als seine

erste Amtshandlung

nahm hierauf der Oberbürgermeister in Gegenwart einer Abordnung der Stadtverordneten, bestehend aus den beiden Vorstehern Beyrich und Opitz und den Stadtverordneten Birn, Förster und Hanke, die Einweisung und Verpflichtung des zum berufsmäßigen Ratsmitglied gewählten, bisher ehrenamtlichen Stadtrates Rudolf Büttner vor.

Die anschließende Sitzung galt eingehender Beratung weiterer umfassender städtischer

Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung

auf Grund des Gesetzes zur Verminderung der Arbeitslosigkeit vom 1. Juni 1933. Der Rat faßte dazu folgende Beschlüsse:

1. der Aufnahme von Darlehen für 20 größere Arbeitsplanungen in Höhe von insgesamt 8 866 500 M. zuzustimmen;

2. die nicht als Darlehen gegebenen Kosten für Planung, Bauleitung, sonstige Nebenkosten und solche für Bodenplanierungen im Bauplangebiet Plauen zur Vorbereitung späterer Straßen- und Anbauten in Höhe von insgesamt 169 000 M. zu Lasten des Kto. 23 des diesjährigen Haushaltplans (außerordentliche und unvorhergesehene Ausgaben) bereitzustellen;

3. die dadurch eintretende Ueberschreitung des Kontos 23 zu genehmigen.

4. die Zustimmung der Stadtverordneten zu 1 bis 3 einzuholen.

Ueber diese zu Lasten der Stadt unmittelbar gehende Arbeitsbeschaffung hinaus beabsichtigt die Drewag noch Bauarbeiten in Höhe von 2,635 Millionen Mark und die Verwaltung des Vieh- und Schlachthofs solche in Höhe von 75 000 M. auszuführen und hierfür entsprechende Darlehen zu beantragen.

Ein Riesenprogramm

Man mag es symbolisch auffassen, jedenfalls ist es hocherfreulich, daß der Rat zu Dresden in seiner ersten, vom neuen Oberbürgermeister geleiteten Sitzung einen entscheidenden Schritt zur Beschaffung von Arbeit getan hat. Am 1. Juni 1933 hat die Reichsregierung das Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit beschlossen, in dem 1 Milliarde Mark zur Bekämpfung der Arbeitsnot vorgesehen ist. Wenn irgendeine Stelle, dann haben die lokalen Verwaltungen, die Kommunen, jetzt die Aufgabe, an Hand dieses Gesetzes der Arbeitslosigkeit rücksichtslos den Kampf anzusagen. Wenn irgendwo, dann ist es freilich im sächsischen Wirtschaftsgebiet und in einer Großstadt schwer, sofort greifbare Erfolge zu erzielen. Aber die Zeiten sind vorüber, wo in der Stadtverordnetenversammlung hochpolitische Fragen des Reiches und der Länder unnötigerweise behandelt wurden. Die Beschränkung auf rein sachliche Arbeit ermöglicht es gerade den Gemeinden, auf ihren ureigenen Arbeitsgebieten zu wirken. Dabei steht zur Zeit an der Spitze die Beschaffung von Arbeit und Brot.

Ein Gang durch Dresdens Straßen zeigt bereits heute ein wesentlich andres Bild, als es sich etwa im vorigen Sommer darbot. An allen Enden und Ecken wird gearbeitet, Straßen werden neu gebaut oder instandgesetzt, Beschleusungen, Kabellegungen und andre Bauarbeiten werden durchgeführt. Nach Jahren fast völligen Stillstandes in der Bautätigkeit regt sich jetzt neues Leben. Die überall neu auftauchenden Baustellen sind die Auswirkungen der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die im Rahmen der Programme der Reichsregierung jetzt durchgeführt werden. Das erste derartige Programm war das Arbeitsbeschaffungsprogramm im Landstraßenbau vom Herbst 1932, der sogenannte Papenplan, der in erster Linie den staatlichen Landstraßenbau fördern sollte, aber der auch die Verbesserung von städtischen Ausfall- und Durchgangsstraßen ermöglichte.

Das bisherige Programm

In Dresden werden im Rahmen dieses Programms Bauarbeiten in der Grundstraße in Laschwitz, in der Wehlener Straße, Teplitzer Straße, Winterbergstraße, Meißner Landstraße und an andern Stellen durchgeführt. Daneben laufen Maßnahmen auf Grund der Durchführungsbestimmungen zur Arbeitsbeschaffung vom Januar 1933, dem sogenannten „Sofortprogramm". Es umfaßt in Dresden Arbeiten der verschiedensten Art, vor allem Straßenbauarbeiten. Hier sind zu nennen: die bereits vollendete Umgestaltung der Ringstraße und Bürgerwiese, die Instandsetzung schlechter Schotterstraßen durch Aufbringen neuartiger Bindemitteldecken, die Umpflasterung schlechter Pflasterstraßen und Herstellung von Teerbetondecken auf schlechten Pflasterstraßen in allen Stadtteilen. Ferner werden besonders verkehrsgefährliche Straßen stellenweise verbreitert, wie z. B. der Bischofsweg, die Bautzner Landstraße, die Bodenbacher Straße und die Leipziger Straße. Auch Straßenbeschleusungen werden durchgeführt.

Ferner sind Arbeiten zum Bau eines Abwasserdükers durch die Elbe bei Loschwitz, zum Umbau der Klär- und Ueberpumpanlage in Kaditz, zum Anschluß von städtischen Grundstücken an die Schwemmkanalisation, zur Verlegung von Gräben und Wasserläufen sowie Arbeiten in städtischen Abwasserkanälen im Gange. Das Kabelnetz der Feuerwehr ist weitgehend ergänzt worden. Schließlich ist im Rahmen des Sofortprogramms die Berohrung und der Ausbau der Hirtenstraße zur Erschließung der neuen Stadtrandsiedlung in Obergorbitz beantragt worden. Die genannten Arbeiten betreffen ausschließlich rein städtische Dienststellen. Daneben hat die Dresdner Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke AG. für etwa zwei Millionen Mark Arbeiten aus dem Sofortprogramm im Gang und zum großen Teil bereits vollendet. Die gesamte Bausumme dieser beiden Arbeitsbeschaffungspläne — Papenplan und Sofortprogramm — beläuft sich für Dresden auf insgesamt 4,5 Millionen Mark.

Das neue Programm

Nun hat sich gestern der Gesamtrat mit der neuesten Vorlage zur Arbeitsbeschaffung befaßt. Es sind bauliche Maßnahmen in einem Gesamtumfange von rund 4 Mill. M. auf Grund des Gesetzes zur Verminderung der Arbeitslosigkeit vom 1. Juni 1933 geplant. Während sich die Bauarbeiten auf Grund der früheren Reichsregierungs-Verordnungen vorwiegend auf tiefbaulichem Gebiete auswirkten, sind erfreulicherweise in dem neuen Gesetz in großem Umfange Hochbauarbeiten vorgesehen. Hierbei handelt es sich vor allem um Instandsetzungs- und Ergänzungsarbeiten an Verwaltungs- und Wohngebäuden, Brücken und andern Baulichkeiten der Gemeinde. Daneben sollen jedoch auch Anlagen zur Versorgung der Bevölkerung mit Gas, Wasser und Elektrizität, Flußregulierungen und Tiefbauarbeiten, letztere vor allem in Form möglichst umfangreicher Erdarbeiten, durch Hergabe von Reichsdarlehen und Zuschüssen gefördert werden. Die Darlehen werden bei den hochbaulichen Arbeiten zinslos gegeben; sie sind in fünf Jahren in gleichen Teilbeträgen zu tilgen.

Die neue Planung

Von den im Rahmen dieses neuen Gesetzes geplanten Arbeiten seien kurz folgende genannt: Bauliche Instandsetzungen in städtischen Grundstücken mit 1,5 Millionen Mark, etwa 0,9 Millionen Mark sind vorgesehen für den Anschluß weiterer städtischer Grundstücke an die Schwemmkanalisation, die Instandsetzung von Höfen und Wegen in Schulgrundstücken, der Ersatz und Umbau von Heizungsanlagen, Fernsprecheinrichtungen, elektrischen und Gasbeleuchtungsanlagen, Aufzügen usw. in Schulen, Verwaltungsgebäuden, Krankenhäusern und sonstigen städtischen Anstalten. Schließlich soll noch ein Betrag von 1,5 Millionen Mark für die Fertigstellung der unvollendeten Berufsschule Gerokstraße beantragt werden. Mit einem kleinen Betrag von nur wenig über 100 000 Mark sollen tiefbauliche Arbeiten durchgeführt werden. Die Dresdner Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke AG. hat ein Bauprogramm mit einem Umfang von etwa 2,8 Millionen Mark aufgestellt, das Neu- und Umlegungen von Gas-, Wasserrohr- und Kabelleitungen umfaßt. Auch der städtische Vieh- und Schlachthof plant Arbeiten zur Ableitung der Schlachthofabwässer ins städtische Kanalnetz.

11¼ Millionen!

Insgesamt sieht also das neue 3. Arbeitsbeschaffungsprogramm 1933 bei der Stadt Dresden bereits jetzt Bauarbeiten in Höhe von 8,7 Millionen Mark vor. Der Gesamtumfang aller Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen seit Herbst 1932 erreicht damit die Höhe von etwa 11¼ Millionen Mark. Mit diesem Betrage dürfte Dresden an der Spitze sämtlicher sächsischer Städte stehen. Die auf den Baustellen anfallenden Erwerbslosentagewerke belaufen sich auf etwa ½ Million.

Folgt dem Beispiel der Stadt!

Es ist selbstverständlich, daß allein durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Stadt die ungeheure Arbeitslosigkeit, die gerade in Dresden herrscht, nicht beseitigt werden kann. Hierzu ist die Hilfe aller notwendig. Jeder Arbeitgeber muß dem Beispiele der Stadt folgen und seinerseits Arbeitsmöglichkeiten schaffen. Auch er muß das Vertrauen in die Zukunft haben, das die Stadt bei ihren Plänen zur Arbeitsbeschaffung zeigt. Helfen hier alle mit, so werden auch wir in Dresden hoffentlich nicht mehr allzu ferne von dem Ziele sein, das uns die Meldungen der letzten Tage aus Ostpreußen als verwirklicht gezeigt haben, der Beseitigung der Arbeitslosigkeit.

Arbeitsbeschaffung in München

× **München, 2. August**

Der Münchner Stadtrat genehmigte die Aufstellung eines umfangreichen Arbeitsbeschaffungsprogramms, dessen Kosten auf 18,4 Millionen Mark veranschlagt sind. Das Programm sieht in der Hauptsache Instandsetzungs- und Ergänzungsarbeiten an Verwaltungs-, Werk- und Wohngebäuden der Stadtgemeinde vor.

Grenzland Sachsen

Von Ministerpräsident v. Killinger

In der Reihe der Grenzkampfschriften des Edwin-Runge-Verlages, Berlin-Tempelhof, erscheint als Heft 2 „Das Grenzland Sachsen". Es ist bearbeitet von Studienrat Moritz Durach, dem zweiten Landesführer Sachsens des Volksbundes für das Deutschtum im Ausland, und enthält neben einem reichen Karten- und Bildmaterial sowie einer Wirtschaftsübersicht kurze Beiträge von Oberregierungsrat Arthur Graefe und Handelskammersyndikus Dr. Ernst Hoch. Das lesenswerte Heft ist durch ein Geleitwort von Ministerpräsident v. Killinger ausgezeichnet. Im diesem Vorwort heißt es:

Das Versailler Diktat, das auf Deutschland seit 14 Jahren mit Bleigewichten lastet, trifft das Grenzland Sachsen doppelt hart. Es hat dieses ausgesprochene Industrie- und Exportland nicht nur in seinen wirtschaftlichen Lebensmöglichkeiten schwer erschüttert, sondern Sachsen, auch ohne äußere Grenzveränderungen, in die Reihe der militärisch bedrohten Randgebiete Deutschlands gedrängt.

Die proletkultistische Planwirtschaft des tschechoslowakischen Staates arbeitet mit zäher Ausdauer auf eine Entgermanisierung seines sudetendeutschen Randgebietes und auf die weitere Blutleermachung der sächsischen Grenzlandwirtschaft hin. Wer die grenzlanddeutsche Not zu beiden Seiten der Grenze aus eigener Anschauung kennt, der weiß, daß nur die restlose Beseitigung der wirtschaftlichen und militärischen Fesseln des Versailler Diktates dauernde Hilfe bringen kann.

In seiner großen außenpolitischen Reichstagskundgebung vom 17. Mai 1933 hat Reichskanzler Adolf Hitler u. a. ausgeführt: „Wir kennen nicht den Begriff des Germanisierens. Die geistige Mentalität des vergangenen Jahrhunderts, aus der heraus man glaubte, vielleicht aus Polen und Franzosen Deutsche machen zu können, ist uns genau so fremd, wie wir uns leidenschaftlich gegen jeden umgekehrten Versuch wenden."

Aus diesem Bekenntnis des Führers heraus, das Allgemeingut unsres Volkes geworden ist, werden wir nicht aufhören, die Beseitigung des unseligen und unsinnigen Versailler Diktates mit allen Mitteln zu betreiben. Das Grenzland Sachsen steht dabei mit in der vordersten Kampffront. Vom deutschen Volk erwartet Sachsen, daß es in seinem schweren Abwehrkampf wirksam unterstützt wird. Ein Stück echt deutscher Heimaterde, eine reiche Kultur und ein Volkstum von besonderer Eigenart gilt es zu verteidigen. Eine fleißige und intelligente Grenzbevölkerung wartet auf Absatz ihrer Qualitätserzeugnisse, wartet auf Besuch des wald- und bergumkränzten Grenzlandes Sachsen.

Der Sächsischen Regierung ist ein kostbares Gut des Reichsbaues anvertraut. Sie empfindet die Verpflichtung, der gefährdeten Grenzmark Sachsen und der dort ums Dasein kämpfenden Bevölkerung ihre besondere Sorge angedeihen zu lassen. Sie weiß, daß sie damit nicht eine enge sächsische Landespolitik, sondern eine wahrhaft großdeutsche Politik im Sinne des Nationalsozialismus betreibe.

Bomben auf indische Grenzdörfer

Starke Opposition in England

Telegramm unsres Korrespondenten

RV. **London, 2. August**

Flugzeuge der englischen Luftflotte haben gestern an der afghanischen Grenze Bomben auf die Dörfer der aufsässigen Grenzstämme abgeworfen. Die Einwohner hatten, wie gemeldet wird, auf Grund vorheriger Warnung mit allem Hab und Gut die Dörfer verlassen und waren in die unzugänglichen Höhlen geflüchtet. Bei den Bombenwürfen sollen Personen nicht ums Leben gekommen sein. Die englischen Behörden in Indien verteidigen die Anwendung von Bomben angesichts der heftigen Opposition in der englischen Oeffentlichkeit damit, daß diese Aktion den gewünschten Erfolg habe, die Stämme zur Raison zu bringen, ohne daß Menschenleben aufs Spiel gesetzt wurden.

Die „Times" verteidigen heute ausdrücklich diese Auffassung, indem sie erklären, das Vorgehen der indischen Regierung diene nur dazu, Schlimmeres zu verhüten. An der afghanisch-indischen Grenze sei eine gefährliche Agitation im Gange, die, wenn sie vernachlässigt würde, zum Konflikt mit dem befreundeten Königreich Afghanistan führen könne. In den Dörfern, die jetzt bombardiert worden sind, verberge sich ein angeblicher Neffe des afghanischen Königs Amanullah, der als Prätendent für den Thron von Afghanistan betrachtet werde. Wenn die britisch-indische Regierung diesem Treiben nicht ein Ende setze, so setze sie sich den berechtigten Vorwürfen Afghanistans aus.

Neuer Fliegerangriff

Sonderkabeldienst der Dresdner Neuesten Nachrichten

Simla, 2. August. (Durch United Preß.) Englische Flieger unternahmen heute einen zweiten Luftangriff auf das Dorf Kotkai bei Bajaur, etwa 15 Kilometer von der afghanischen Grenze. Während beim ersten Angriff die Flieger von den Eingeborenen mit Flinten beschossen wurden, konnten sie diesmal ganz niedrig fliegen, ohne angegriffen zu werden.

Herriot fährt nach Moskau

Telegramm unsres Korrespondenten

eh. **Paris, 2. August**

Der frühere Ministerpräsident und Vorsitzende der Außenkommission der Kammer, Herriot, bereitet sich auf seine Reise nach Rußland vor. Er äußerte sich über diese Reise wie folgt: „Ich fahre nach Rußland, um zu sehen, zu studieren. Wir müssen an die wirtschaftliche und politische Zukunft unsres Landes denken und dürfen uns nicht hinter Stacheldraht verschanzen." Die Reise wird Herriot auch nach Sofia und Ankara führen.

SLUB
Wir führen Wissen.